

Deutsche Uhrmacher-Zeitung



Bezugspreis

für Deutschland von der Geschäftsstelle bezogen bei portofreier Einsendung **vierteljährlich 9.00 Mark.** Für Österreich (unter Streifenband) **vierteljährlich 16.00 Mark.** Für das Ausland (unter Streifenband) **vierteljährlich 18 Mark und Porto.**

Die Deutsche Uhrmacher-Zeitung erscheint regelmäßig an jedem Donnerstag

Fernsprecher: Amt Moritzplatz 12396 bis 12399

Preise der Anzeigen

Die viergespaltene kleine Zeile oder deren Raum für Geschäfts- und vermischte Anzeigen **2.40 Mk.**, für Stellen-Angebote und -Gesuche die Zeile **1.60 Mk.** Die ganze Seite (400 Zeilen) wird mit **800 Mark** berechnet; Ausland 100%, Zuschlag

Postcheck-Konto: 2581 Berlin

Bank-Konto: Disconto-Gesellschaft, Dep.-Kasse Berlin, Lindenstraße 3

Telegramm-Adresse: Uhrzeit Berlin

Organ des Deutschen Uhrmacher-Bundes

Uhren, Edelmetall- und Schmuckwaren-Markt

Herausgegeben von Wilhelm Schultz, Berlin SW 68, Neuenburger Straße 8

XLIV. Jahrgang

Berlin, 8. April 1920

Nummer 15

Alle Rechte für sämtliche Artikel und Abbildungen vorbehalten

Deutscher Uhrmacher-Bund

Für das Handwerk! Das dem preußischen Handelsministerium angegliederte Landesgewerbeamt, Abteilung für Handwerks- und Genossenschaftswesen, hatte am 12. und 13. Februar d. J. eine Konferenz einberufen, um zu den aktuellen Fragen des Handwerks Stellung zu nehmen. Unter anderem fand eine eingehende Aussprache über die

Neuregelung des Lehrlingswesens statt. Man kam überein, daß bei der Neuregelung Lehrmeister und Gesellen gleichmäßig beteiligt werden müßten, und daß im übrigen das Lehrverhältnis niemals als reines Arbeitsverhältnis betrachtet werden dürfe, da immer die Erziehung und Ausbildung des Lehrlings Hauptsache bleiben müsse. Eine der Hauptaufgaben wäre es, bei der Berufsberatung und Stellenvermittlung danach zu trachten, Jugendliche beiderlei Geschlechts einem gelernten Berufe zuzuführen. — Bei der Erörterung der besonderen wirtschaftlichen Bedürfnisse und Aufgaben des Handwerks wurde der Wiederaufbaufrage in Nordfrankreich eingehende Beachtung geschenkt. Im allgemeinen beurteilte man die Aussichten für das deutsche Handwerk hierbei nicht übermäßig günstig. Um aber jederzeit imstande zu sein, das Handwerk bei allen staatlicherseits zu vergebenden Arbeiten genügend zu berücksichtigen, wurde die

Neuregelung des Verdingungswesens durch das Reich auf der Basis einer Ausgleichsstelle der Bundesstaaten und Errichtung besonderer staatlicher Auftragsämter als notwendig bezeichnet. Die Bedeutung der genossenschaftlichen Organisation für das Handwerk wurde von allen Vertretern hervorgehoben. Es wurden Klagen laut, daß die Handwerker-genossenschaften bei der Rohstoffverteilung von manchen Großhandelsverbänden nicht genügend berücksichtigt würden, und sofortige Abstellung dieses Übelstandes durch die in Betracht kommenden Stellen verlangt. Zu der Frage der Plan- oder Freien Wirtschaft wurde eine einheitliche Stellung nicht genommen; in jedem Falle aber wurde betont, daß sowohl

dem Handwerk als auch seinen öffentlich-rechtlichen Vertretungen wie seinen Genossenschaften in allen wirtschaftspolitischen Körperschaften (Bezirkswirtschaftsräte, Reichswirtschaftsrat usw.) eine hinreichende Vertretung gesichert werden müsse.

Verlängerung des ersten Steuerabschnittes für die Luxussteuer. Da es ausgeschlossen ist, zu den endgültigen Ausführungsbestimmungen zum neuen Umsatzsteuergesetz die erforderliche Zustimmung so zeitig herbeizuführen, daß diese bei der erstmaligen Veranlagung der Luxussteuer im April d. J. als Richtschnur dienen könnten, ist vom Reichsfinanzministerium der erste Steuerabschnitt bis zum Juni 1920 verlängert worden. Die erste Steuererklärung über luxuspflichtige und sonstige erhöhte steuerpflichtige Umsätze ist also für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1920 im Juli 1920 abzugeben. Es wird sich empfehlen, für die Begleichung der dann vermutlich stark angewachsenen Luxussteuersummen Rücklagen einzurichten. — Zu einer

Zusammenkunft der Verbände des Berliner Einzelhandels, die am Montag, dem 29. März, in den Räumen der Berliner Handelskammer stattfand, war dem Bundesvorstand eine Einladung zugegangen, der durch die Herren Schultz, Apel, Lünser und Kames entsprochen wurde. Von mehreren Herren wurde dargelegt, daß der Einzelhandel in erster Linie von den Folgen des Bolschewismus durch Plünderungen usw. betroffen werden würde, ungeachtet der weiter damit im Zusammenhang stehenden wirtschaftlichen und politischen Wirkungen. Mithin habe der Einzelhandel auch in erster Linie ein Interesse daran, Schutzmaßnahmen gegen diese Erscheinungen zu ergreifen. Die Vorschläge für solche Maßnahmen gipfelten in der Aufbringung von Geldmitteln, um eine Aufklärungspropaganda und ähnliche Abwehrmittel ins Werk zu setzen. Zur näheren Beratung wurde eine Kommission eingesetzt. Sofern das Ergebnis der Kommissionsarbeiten für unsere Mitglieder von Interesse sein sollte, werden wir darüber berichten.

Mit Bundesgruß

Die Geschäftsstelle des Deutschen Uhrmacher-Bundes

Wilh. Schultz